

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1930

4.12.1930 (No. 332)

Badischer Beobachter

Bezugspreis: Monatlich 2.80 Mk. frei ins Haus, 2.70 Mk. bei der Geschäftsstelle abgeholt, Mk. 2.00 durch die Post ohne Zustellgebühr. Einzelnummer 10 Pfg. Samstags und Sonntags 15 Pfg. Abbestellungen nur bis 20. auf den Monatsabschluss. Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Fortsetzung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei

Er erscheint 7 mal wöchentlich als Morgenszeitung. Beilagen: Kunst u. Wissen, Frauenrubrik, Blätter für den Familienkreis, Was der kathol. Welt, Sportbeilage, Deutsche Jugendkraft, Musik, Zeitungsbeilage, Illustrierte Woche, Geschäftsstelle, Redaktion u. Verlag: Steinstr. 17-21, Fernspr. Geschäftsstelle 6233, Redaktion 6236, Verlag 6237. Druckerei: Badischer Volksdruckerei Karlsruhe 4844

Anzeigenpreis: Die 10 gespaltene 7 mm breite Millimeterzeile im Anzeigenblatt 10 Pfg., auswärts 12 Pfg., für Gelegenheitsanzeigen 8 Pfg., die 3 gesp. 87 mm breite mm-Zeile im Anzeigenblatt 60 Pfg. Rabatt nach Tarif. Bei Zahlungsmittelrückstellungen, zwangsweiser Einreichung oder Konkurs kommt der Rabatt in Wegfall. Schluss der Anzeigenannahme 5 1/2 Uhr - Erfüllungsort und Gerichtsstand in Karlsruhe

Nr. 332 (12 Seiten)

Karlsruhe, Donnerstag, den 4. Dezember 1930

68. Jahrgang

DiETRICH legt den Etat vor

Er bleibt im Hinblick auf die Notlage um anderthalb Milliarden hinter dem Etat des Vorjahres zurück

Ein ruhiger Beginn

Berlin, 3. Dez. Die Tribünen sind dicht besetzt, der Saal füllt sich erst langsam, als Präsident Loh die erste Sitzung nach der Pause eröffnet. Am Regierungstisch sitzen Reichsfinanzminister Dietrich, Reichswehrminister Gröner, Reichsaußenminister Curtius, Reichsinnenminister Dr. Wirth und Reichspostminister Dr. Schäkel.

Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt die erste Beratung des Etats für 1931. Der Präsident erteilt dem Reichsfinanzminister Dietrich - von den Kommunisten als „faschistischer Eugenbergrminister“ begrüßt - zur Begründung des Etats das Wort.

Reichsfinanzminister Dietrich

Die Reichsregierung legt Ihnen den Etat für das Jahr 1931/32, wie ihn der Reichstag verabschiedet hat, diesmal ungewöhnlich frühzeitig vor. Der Grund dafür ist vornehmlich darin zu sehen, daß wir aus dem Unsicherheitszustand herauskommen, in welchen wir im Laufe des Etatsjahres geraten sind. Der neue Etat ist besonders interessant, weil er zahlenmäßig von dem gegenwärtig laufenden Etat, der bekanntlich zweimal ergänzt wurde, sich erheblich unterscheidet. Die Ausgaben im ordentlichen Etat sind um 1153 Millionen und im außerordentlichen um 272 Millionen verringert.

Dieses Budget war nur zu erreichen im Zusammenhang mit einer Reihe von Maßnahmen, die in der letzten erschienenen Notverordnung enthalten sind, vornehmlich durch die Kürzung der Gehälter und die Weiterführung eines Teils der Einnahmen, die durch Notverordnung vom Sommer erlassen wurden. Dazu kommt, daß die Ueberweisungen an Länder und Gemeinden schon infolge der Steuerausfälle stark gekürzt wurden und daß den Ländern eine Summe von 100 Millionen a conto ihrer Gehälterparnisse einbehalten wird. Die dritte und wichtigste Maßnahme war die Selbständigmachung der Arbeitslosenfürsorge. Zu diesem Zweck wurden die Beiträge auf 6 1/2 Prozent erhöht. Diese 6 1/2 Prozent bedeuten eine Einnahme von 176 Millionen, zu denen dann noch hinzutreten für die Arbeitslosenfürsorge 400 Millionen, plus 20 Millionen Verwaltungsaufwand, die im Etat noch vorgezogen sind, sodas für das nächste Jahr zur Verfügung stehen 2136 Millionen Reichsmark. Diese ständig steigenden und nicht vorhergesehenen Aufwendungen erreichten zum Schluß, ohne daß man heute schon eine endgültige Zahl angeben kann, die Summe von mehr als 1100 Millionen Reichsmark. Es muß erneut betont werden, daß hierin der Ausdruck der ganzen Verwirrung des laufenden Jahres zu suchen ist.

Bei der Aufstellung des Etats 1930 war von einer Zahl von 1,2 Millionen unterstützten Arbeitslosen ausgegangen worden.

Die im Jahre 1930 für Zwecke der Arbeitslosen zur Verfügung gestellten Mittel reichen trotz allem nicht aus, sodas das Jahr 1930 mit einem Minus von 300 Millionen abschließen wird. Zu den Schwierigkeiten bei der Arbeitslosenfürsorge trat ein ständig wachsender Einnahmerückgang, der für das ganze Jahr auf 900 Millionen geschätzt worden ist. Da jede Belastung der Produktion vermieden werden muß, konnte der Ausgleich nur bei Steuern aus dem entbehrlichen Genus gesucht werden. Da beim Brandwein die letzte Abgabenerhöhung lediglich einen Ausfall gebracht hat und eine starke Mehrbelastung des Biers durch Erleichterung an die Gemeinden erfolgt ist, blieb mir nur noch der Tabak.

Die Lösung, wie sie hier glücklich gefunden wurde, bedeutet ein Kompromiß.

Der vorliegende Haushaltsplan soll nach der Notverordnung gleichzeitig die Grundlage für 1932 und 1933 bilden, da die Gesamtsumme in diesen Jahren nicht überschritten werden soll. Mehreinnahmen müssen zur Schuldentilgung oder zur Steuerentlastung verwendet werden. Gleiche Bestimmungen sind für Länder und Gemeinden angeordnet.

Eine besonders unpopuläre Maßregel ist die Gehaltssenkung.

Es steht heute fest, daß wir uns im Jahre 1927 bei der Besoldungsreform in der Leistungsfähigkeit Deutschlands getäuscht haben.

Mit guten Gründen ist damals bestimmt worden, daß die Gehaltsbemessung widerprüflich sei. Wenn es gelingt, die Lebenshaltung zu verbilligen, so wird der Realbezug der Beamten, wie ihn das Jahr 1927 brachte, schließlich doch erhalten bleiben.

Die Bestimmungen über die Senkung der Realbezüge enthalten als wesentlichste Anordnung, daß die Realsteuern im Jahre 1931 nicht erhöht werden dürfen.

In Zukunft werden Ersparnisse in erster Linie noch bei den Verwaltungsausgaben des Finanzministeriums und des Arbeitsministeriums möglich sein, und zwar durch den Abbau der Versorgungsämter und durch die Steuervereinfachung.

Bedeutung für die Entwicklung der Finanzen ist die Frage, wie das im Ausland angelegte deutsche Kapital zurückgeführt werden kann. Ermittlungen haben ergeben, daß der gewaltige Abzug an Geld nach dem Ausland nur zu einem kleinen Teil auf

Kapitalflucht

und zum weitaus größeren Teil auf Zurückziehung ausländischer Kredite zurückzuführen ist. Um die Zurückführung des deutschen Kapitals zu erleichtern, beabsichtigt die Reichsregierung bei gegebener Zeit eine Steuerermäßigung zu erlassen. Außerdem sollen in Zukunft eidesstattliche Versicherungen bei Feststellungen über Vermögen oder Einkommen verlangt werden können. Mit Gewaltmaßnahmen ist auf diesem Gebiet nichts zu erreichen.

Als der Reformplan der Regierung erschien, habe der darin enthaltene feste Wille der Regierung, Ordnung zu schaffen, erreicht, daß wir im Ausland kreditwürdig geblieben seien trotz der Störungen, die im Inland zu verzeichnen waren. Die Bewilligung dieses Etats im Zusammenhang mit der Notverordnung werde imstande sein, den Kredit und die Aktionsfähigkeit des Reiches auf die Dauer zu gewährleisten. Das Reich ist in keiner akuten Gefahr, und alle unsere Maßnahmen sind auf der Ueberlegung aufgebaut, daß die Arbeitslosigkeit in diesem Winter noch stark wachsen wird. Wenn Sie uns helfen, so führe der Minister aus, werden wir die letzten Sorgen in Kürze überwunden haben. Die Reichsregierung hat in ihren Maßnahmen alles vermieden, was irgendwie mit der Verfassung in Widerspruch stände. Es ist bedauerlich, daß wir zu einer Notverordnung greifen mußten. Die Verhältnisse haben uns dazu gezwungen, und ich bitte Sie zu überlegen, wer in erster Linie die Schuld daran hat. Der Einfluß der Organe eines Staates wird sicher so groß sein wie ihre Verantwortungstreue und Leistungsfähigkeit.

Es besteht die Gefahr, daß ein Parlament, in dem große, lediglich vereinnende Parteien sitzen, in seinem Einfluß zurückgeht.

Je schneller Sie arbeiten und je sparsamer Sie verfahren, desto mehr tragen Sie zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, zur Behebung der Arbeitslosigkeit und zur Festigung des Staates bei.

Die Ministerrede wurde im ganzen ruhig angehört. Nur wenn Minister Dietrich sich gegen die Oppositionsparteien wandte, hörte man Zwischenrufe von den Kommunisten und

Nationalsozialisten. Am Schluß der Rede gab es Beifallsbezeugungen bei den Mittelparteien.

Auf Vorschlag des Präsidenten wurde die Aussprache auf morgen vertagt.

Die nächste Sitzung findet Donnerstag 12 Uhr statt. Auf ihrer Tagesordnung steht die Weiterberatung des Etats 1931, in Verbindung mit dem Ausschussbericht über die Zulassungsordnung und mit den dazu vorliegenden Anträgen, sowie die Anträge auf Aufhebung der neuen Notverordnung und die Mißtrauensanträge.

Dietrich an das badische Tabakgewerbe

Dr. Sch. Berlin, 3. Dez. (Eig. Drahtber.)

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich hat an das badische Tabakgewerbe ein Schreiben gerichtet, in dem es unter anderem heißt:

Sie haben an mich das Ansuchen gestellt, auf die Tabaksteuervorlage nach Möglichkeit zu verzichten. Zu meinem Bedauern war ich dazu nicht in der Lage. Wir können nur dann damit rechnen, daß wir Kredit im In- und Ausland erhalten, wenn es gelingt, einen absolut ausgeglichenen Reichshaushalt aufzustellen. Durch Sparmaßnahmen allein ist das Ziel nicht zu erreichen und es sind also neue Steuermittel notwendig. Als solche kommen nur indirekte Steuern in Frage. Untersucht man die vorhandenen indirekten Steuern daraufhin, was diese allenfalls noch abgeben können, so bleibt nur noch der Tabak. Ich bin mir vollkommen klar darüber, daß auch dieser nicht mehr viel beitragen kann, und ich lenne die Gefahr, die darin besteht, wenn die Zigarette gegenüber der Zigarette belastet wird. Auf der anderen Seite ist nachgerade auch bei der Zigarette Vorsicht geboten, denn sie ist jetzt mit mehr als 50 Prozent des Kleinverkaufspreises belastet. Sie ist das beste Steuerobjekt, das wir haben, und ich möchte nicht durch eine Ueberspannung ihrer Belastung die Gefahr hervorrufen, daß die Erträge aus der Zigarettensteuer sinken. Schließlich kommt hier noch ein wichtiges außerpolitisches Moment hinzu. Wir können die Reparationsfrage nur aufröllen, sofern wir den Nachweis erbringen, daß wir unser Volk indirekt ebenso belastet haben wie die Entente-Staaten. Die Hauptlast der Zigarettenindustrie liegt in der Bezahlung des Zolls. Um diese zu ermöglichen, soll die Frist von drei auf sechs Monate verlängert werden. Auch die Nachverfolgung soll in Raten erfolgen. Ich glaube, alles versucht zu haben, um die Gefahren von der Zigarettenindustrie abzulösen.

Im Zusammenhang hiermit steht ein Stilllegungsantrag der oberbadischen Zigarettenfabriken, dessen Einzelheiten im Handelsteil behandelt werden.

Das neue österreichische Kabinett

Edener in London

Wien, 3. Dez. Die Verhandlungen des mit der Kabinettsbildung beauftragten Dr. Ender sind heute abend erfolgreich abgeschlossen worden. Darnach wird sich das Kabinett folgendermaßen zusammensetzen:

Dr. Ender, Bundeskanzler,
Dr. Schöber, Vizekanzler und Außenminister,
Dr. Landbündler, Minister Inneres,
Finanzen der bisherige Finanzminister Dr. Fuch,
Justiz der Großdeutsche Dr. Schürff,
Landwirtschaft der Christlich-Soziale Thaler,
Unterricht der bisherige Christlich-Soziale Unterrichtsminister Dr. Czernak,
Soziale Verwaltung wahrscheinlich ein Beamter,
Seeresministerium Laugoin.

London, 3. Dez. Die amtliche Untersuchung über die Katastrophe des Luftschiffs „M. 101“ wurde heute vormittag in Anwesenheit Dr. Eeners wieder aufgenommen. Vor Eröffnung der Sitzung hatte Dr. Eener mit dem Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses, Sir John Simon, und den Beisitzern eine halbstündige Unterredung. Sir John Simon und Dr. Eener betreten sodann Arm in Arm den Sitzungssaal. Der Vorsitzende wies dem deutschen Gast einen Platz neben sich an und betonte in der Aussprache, mit der er die Verhandlung einleitete, die Vorteile, die dem Ausschuss aus der Unterstützung und der Anwesenheit Dr. Eeners erwüchsen. Dr. Eener habe das ganze Material durchgesehen und sei bereit, alles in seinen Kräften stehende zu tun, um alle möglichen Erklärungen über die Ursache der Katastrophe zu analysieren.



Der neue Bundeskanzler Dr. Ender.



Staatsminister Eener.

Die deutsche Note wegen der polnischen Terrorakte

Berlin, 3. Dez. Die deutsche Note wegen der polnischen Terrorakte gegen Angehörige der deutschen Minderheit bei den Wahlen in Polen, die heute veröffentlicht wird, besteht aus einem Begleitschreiben an den Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, und einer eingehenden Darstellung der vorgekommenen Gewalttaten.

Im ersten Teil wird eingangs darauf hingewiesen, daß für viele Tausende Angehörige der deutschen Minderheit die Ausübung des Wahlrechts dadurch unmöglich gemacht worden sei, daß systematische gegen ihre Aufnahme in die Wählerlisten Einsprüche erhoben wurden mit der Begründung, sie befänden nicht die polnische Staatsangehörigkeit. Allein im Wahlkreis Kattowitz und Königshütte seien auf diese Weise etwa 30 000 Einsprüche erhoben worden, die auf einem vorgebrachten Formular erfolgt seien, woraus sich das planmäßige einheitliche Vorgehen ergebe. Der ganze Vorgang werde durch die Tatsache charakterisiert, daß der Verlust des Wahlrechts Massen deutscher Wähler betraf an deren polnischer Staatsangehörigkeit bisher niemals ein Zweifel bestanden habe und die in den vergangenen acht Jahren bei allen Wahlen unbeanstandet mitgestimmt hätten. Zum Teil hätten die Betroffenen sogar öffentliche Ämter bekleidet. Bei der Ausübung der Wahl selbst hätten die Deutschen den Schutz vermisst, den die gesetzlichen Bestimmungen für die Betätigung des Wahlrechts vorschrieben.

Vom Verband schlesischer Aufständischer frei Probanda für offene Abgabe des Stimmzettels gemacht worden,

wodurch das Wahlgeheimnis verleßt worden sei. Ein Erlaß des Ministeriums des Innern, in dem auf Antrage eines Wahlkommissars ausgeführt sei, es stehe dem Wähler frei, offen oder geheim seinen Stimmzettel in das amtliche Wahlkloppert zu legen, sei vom Wojwoden durch öffentlichen Anschlag vom 20. Oktober er. bekannt gemacht worden. Er sei von dem offiziellen Organ „Polska Zachodnia“ und den Aufständischen in dem Sinne ausgelegt worden, daß jeder, der geheim wähle, damit dokumentiere, daß er ein „Staatsfeind“ sei.

Im zweiten Teil der Darstellung, der die Terrorakte gegen die deutsche Minderheit behandelt, heißt es:

Seit dem Beginn des polnischen Wahlkampfes hat die deutsche Bevölkerung in Polnisch-Oberschlesien unter dem schlimmsten Terror gestanden.

In vielen Ortschaften haben Mitglieder des „Schlesischen Aufständischenverbandes“, einer militärisch organisierten, von den Behörden unterstützten Vereinigung, die noch aus der Zeit des polnischen Aufstandes im Abstimmungsjaar 1921 stammt, ein wahres Gewaltregiment ausgeübt. Mit Waffen aller Art ausgerüstet, durchstreiften sie jeden Abend nach Einbruch der Dunkelheit in Uniform die Straßen, ergingen sich in Bedrohungen der Minderheit und saßten in Gasthöfen und Wohnungen nach Deutschen. Tausende von Drohbrieffen wurden an Minderheitsangehörige versandt, die den Stempel des Aufständischenverbandes trugen. In diesen Briefen wurde gedroht, daß sie, wenn sie nicht offen für die polnische Seite stimmten, ihr Köpfelein schneiden oder aber ihr Testament machen sollten. Bei dieser Einschüchte-

rung ist es jedoch nicht geblieben. Vielmehr sind in einer großen Zahl von Fällen Tätlichkeiten und Mißhandlungen aller Art bis zu den schwersten Gewalttätigkeiten vorgekommen.

Es folgt nun die Darstellung einiger der schwersten Fälle, die zum größten Teil aus den Schilderungen der Presse bereits bekannt sind. Die deutsche Regierung hat bei Prüfung des ihr vorliegenden Materials durchaus die Erfahrung in Rechnung gestellt, daß in Zeiten eines politischen Wahlkampfes die Leidenschaften der Bevölkerung erregt zu sein pflegen und daß in solchen Zeiten Ausschreitungen gegen politische Gegner von den Behörden nicht immer verhindert werden können. Mit solchen Erscheinungen des Wahlkampfes lassen sich indes die geschilderten Verfassungsverstöße nicht vergleichen. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß es in Oberschlesien, wo es innerhalb der polnischen Mehrheit starke Bevölkerungsgruppen gebe, die in scharfem Gegensatz zur Regierung ständen, terroristische Akte ihnen gegenüber nicht vorgekommen seien. Es handele sich also um eine bewußte und planmäßige Aktion gegen die deutsche Minderheit, die von den polnischen Behörden zumindest wohlwollend gebuldet worden seien. Im Mittelpunkt des Kampfes gegen die Minderheit stehe der Schlesische Aufständischerverband. Ehrenvorsitzender dieses Verbandes sei der Wojwode von Schlesien. Viele hohe Beamte des Staates und der Kommunalverwaltungen zählten zu seinen Führern Mitgliedern. Der Verband sei seit Jahren die treibende Kraft aller Ausschreitungen gegen die deutsche Minderheit und der Organisator eines systematischen Feldzuges gegen das Deutschtum. Seine Bedeutung in Oberschlesien sei um so größer, als seine 40 000 Mitglieder sich durch die einflussreiche Persönlichkeit des Vorsitzenden und die in sonstigen hohen Staatsstellungen befindlichen leitenden Unterführer bei allen ihren Schritten gedeckt fühlten und von der Polizei keinerlei Schwierigkeiten erwarteten.

Im dritten Teil der Note wird zusammenfassend festgestellt:

Große Teile der deutschen Minderheit sind durch die willkürlichen Maßnahmen der Behörden von der Ausübung des Wahlrechtes ausgeschlossen worden. Soweit die Minderheit von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen konnte, wurde die geheime Stimmabgabe unmöglich gemacht. Der Terror, unter dem die deutsche Minderheit leidet, geht im wesentlichen vom Aufständischenverband aus, der die Aktion gegen das Deutschtum zielbewußt vorbereitet und durchgeführt hat. Der Verband arbeitet im Einzelnen mit den Behörden. Der höchste Beamte von Polnisch-Oberschlesien ist Vorsitzender, viele hohe Beamte sind führende Mitglieder. Die Polizei vernachlässigt durchweg ihre Pflicht, indem sie gegen die Gewalttätigkeiten, denen die Minderheit ausgesetzt ist, entweder überhaupt nicht, oder doch nur in völlig unzureichendem Maße eingreift. Die deutsche Regierung erwartet, daß der Völkerbundsrat diejenigen Maßnahmen ergreift, die notwendig sind, um dem Zustand der Rechtslosigkeit und Bedrückung abzuhelfen, unter dem die deutsche Minderheit in Oberschlesien zu leiden hat.

Der Moskauer Prozeß

Gegenklärung des Bruders des Angeklagten Kamjin.
Paris, 3. Dez. Der „Matin“ veröffentlicht eine Erklärung des Bruders des Bruders des Hauptangeklagten im Moskauer Industrie-Prozeß, Professor Kamjin. Dr. Kamjin erklärt nach dem Blatt folgendes: Professor Kamjin sei in dienstlichen Angelegenheiten und auf Befehl von Moskau nach Paris gekommen, um zwar gleichzeitig mit einigen anderen Fachleuten, die er nicht kannte, das üblich sei, von mehreren Mitgliedern der russischen Kommunistischen Partei begleitet zu werden. Einen oder zwei Tage nach der Ankunft seines Bruders in Paris sei er selbst — Dr. Kamjin — ebenfalls nach Paris gekommen, um im Gesundheitsamt der Stadt Paris sich über die Filtriermethoden zu unterrichten, und er habe bei dieser Gelegenheit seinen Bruder gesehen.

Er habe festgestellt, daß sein Bruder unter ständiger Beobachtung der ihn begleitenden Kommunisten gehalten habe. Jedesmal, wenn er mit ihm selbst ausging, sei er verpflichtet gewesen, seinen Begleitern zu sagen, wohin er gehe, und daß er in Begleitung seines Bruders sei.

Da die Begleiter des Prof. Kamjin nur sehr unvollkommen französisch sprachen, hätten sie sich ständig des Prof. Kamjin als Dolmetscher bedient. Nachdem die russischen Fachleute ihre Aufträge ausgeführt hätten, hätten sie, also auch sein Bruder, Prof. Kamjin, Paris gemeinsam verlassen und sich im D-Sub, wo sie im gleichen Hotel Blaise hatten, nach Berlin begeben. Sein Bruder, der Professor Kamjin, habe sich niemals mit Politik beschäftigt, und es sei völlig absurd, anzunehmen, daß er unter der Beobachtung, unter der er gestanden habe, an irgend einer Verhandlung nach Art der berechneten er unter Anklage stehe, teilgenommen hätte.

Der Außenminister des „Matin“ fügt dieser Erklärung hinzu, die Unrichtigkeit dieses Zeugnisses unterliege keinem Zweifel und zeige das „Matin“ in einem neuen Licht. Es sei nämlich nicht in Paris, sondern in Moskau geschehen worden. Der französische Botschafter in Moskau, Gerbette, habe längere Unterredungen mit dem stellvertretenden Vizekonsul für auswärtige Angelegenheiten, Kretschinski, gehabt. Er habe ihm mit dem üblichen Nachdruck alle Einwendungen zur Kenntnis gebracht, die er hätte vorbringen müssen. Der Ernst dieser Offensibe gegen die französische Republik sei auf verständlichen Wegen der Sowjetregierung zur Kenntnis gebracht worden. Es werde offenbar ein Tag kommen, an dem auf diese unbilligsten Sachverhalte folgen würden, und dann würden die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern keinen Zweck mehr haben.

Der französische Kriegsminister fordert neue Kredite

Paris, 3. Dez. Die Kammer setzte heute nachmittags die Beratung der von der Regierung angeforderten Nachtragskredite für die nationale Verteidigung fort. Kriegsminister Maginot legte den Standpunkt der Regierung dar. Er erklärte, daß gewisse für die nationale Verteidigung in Frage kommenden Bestände jetzt infolge der Feldzüge in Marokko und Syrien aufgebraucht seien. Für das Material seien 125 Millionen Goldfranken im Jahre 1914 angelegt gewesen, während 1930 nur 310 Millionen Papierfranken dafür zur Verfügung stünden. Heute handele es sich darum, das ganze Rüstungswesen zu modernisieren, um so mehr, als die Grenzbedeckung nicht ausreiche. Es wäre unverantwortlich, wenn man aus Mangel an Krediten das Land dem Bemannungskrieg aussetzen würde, der Frankreich 1914 so teuer zu stehen gekommen sei. Man habe die gebieterische Pflicht, die französische Armee, die die mobilisierte Nation denart aufzurichten, die sie im Falle eines Angriffes nicht gewunnen sei, den Kampf zu ungleichen Bedingungen aufzunehmen. Die einzelnen Truppenverbände müßten mit Apparaten gegen den Gasangriff versehen, die Deckungsstruppen motorisiert werden. Die Grenze im Südosten müßte befestigt werden. Bei der gegenwärtigen Lage Europas sei das Suchen nach internationalen Sicherungen nicht ausreichend, um die Wölfer gegen den Krieg zu schützen. Frankreich müsse also für ausreichende Sicherheitsmaßnahmen sorgen, die dazu angetan seien, diejenigen zu entmutigen, die an einen Angriff denken könnten. Uebrigens werde man 1935 infolge des Gebirgsausfalls während des Krieges das normale Herbeskontingent von 240 000 Mann nicht mehr erreichen. Man werde dann höchstens mit 140 000 Mann rechnen dürfen.

Das vorbildliche Spanien

Genf, 3. Dez. Spanien hat beim Völkerbundssekretariat einen mit Luxemburg abgeschlossenen Vertrag für die friedliche Beilegung internationaler Streitigkeiten registrieren lassen. Es wird bei diesem Anlasse darauf hingewiesen, daß Spanien derjenige Staat ist, der bis jetzt die größte Anzahl von Verträgen für die friedliche Beilegung internationaler Streitigkeiten abgeschlossen hat. Spanien gehört ferner zu den 31 Staaten, die die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit des Haager Ständigen internationalen Gerichtshofes anerkannt haben, und zählt schließlich zu den acht Staaten, die sich der Generalakte für die Schiedsgerichtsbarkeit vom Jahre 1928 angeschlossen haben.

(Weitere Meldungen siehe Seite 10.)

350 Nationalsozialisten verhaftet

Aushebung einer nationalsozialistischen Sturmabteilung

Breslau, 3. Dez. Nach einer amtlichen Mitteilung der Polizei wurden in der Nacht vom 3. Dezember in Jeschowitz (Randkreis Breslau) etwa 150 Mitglieder der nationalsozialistischen Sturmabteilung, darunter auch Sanitäter, uniformiert, selbstmännlich ausgerüstet und bewaffnet, festgestellt. Sie waren im Schloß des Gutshofes des Rittergutsbesitzers v. Delffen untergebracht, wo die Unterkunft in Sälen vorbereitet war. Ein noch in der Nacht hinzukommendes Schutzpolizeikommando stellte eine Menge Waffen, darunter scharf geladene Karabiner, Pistolen, Handgranaten, Munition und Schußwaffen aller Art fest. Eine zahlenmäßige Feststellung war bisher nicht möglich, da die noch in der Nacht weiter angestellten Ermittlungen wurden in den frühen Morgenstunden durch Rakustrafwagen der Schutzpolizei dem Polizeipräsidenten zugeführt, wo die weiteren Vernehmungen stattfinden. Die Festgenommenen werden noch heute dem Gericht zugeführt.

Der Polizeipräsident hat aus obigem Anlaß zu einer Pressebesprechung eingeladen, in der Erklärungen über das Vorgehen der Polizei abgegeben wurden. Darnach hatte die Polizei davon Kenntnis erhalten, daß Breslauer Nationalsozialisten im Odenwald eine Feldübung abhalten wollten. Die Übung, zu der sich etwa 200 NS-Angehörige aus Breslau einzeln begaben, um sich später außerhalb der Stadt zu Trupps zusammenzuschließen, wurde von Polizeibeamten beobachtet. Es wurde mehrmals geschossen, auch stiegen Leuchtraketen auf. Zwischen 12 und 1 Uhr nachts brach dieser Trupp im Park in Jeschowitz ein, wo er von anderen SA-Leuten empfangen wurde. In den Sälen des Schlosses war für insgesamt 450 Personen Unterkunftsmöglichkeit vorbereitet. Festgenommen wurden von der Polizei 350 Nationalsozialisten. Unter den beschlagnahmten Waffen waren einige Karabiner, Brownings und Trommelrevolver, Leuchtpistolen, angeschliffene Spaten. In einem Raume wurden 1000 Stahlhelme gefunden. Bei einem der Festgenommenen fand die Polizei einen Befehl, der zum Ausmarsch aufforderte. Bei der Festnahme wurden von den Polizeibeamten nur einige Schreckschüsse abgegeben, da mehrere Nationalsozialisten durch die Fenster des Schlosses zu flüchten versuchten.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ ergänzend mitteilt, handelt es sich bei dem Rittergutsbesitzer von Delffen um eine aus dem Rapp-Busch bekannte Persönlichkeit. Als die Schutzpolizei heute nacht das Schloß umstellte, versuchten einige Nationalsozialisten zu entweichen, wurden jedoch durch Schreckschüsse zurückgetrieben. Die

Polizei mußte Verstärkung aus Breslau heranziehen, da die Zahl der Nationalsozialisten größer war, als vorher angenommen. Gegen 4 Uhr war das Schloß von zwei Hundertschaften umstellt und von Scheinwerfern hell beleuchtet, worauf eine eingehende Durchsuchung und Sicherung von über 150 bewaffneten und selbstmännlich ausgerüsteten Nationalsozialisten erfolgte. Sowohl im Schloß als auch in der Jeschowitz Mühle sei ein reguläres Feldlager eingerichtet gewesen. Der Rittergutsbesitzer von Delffen ist heute vormittag verhaftet worden.

Man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man in diesem Vorgehen eine Retourkutsche Severings für das Vorgehen Frids in Gotha gegen eine Reichsbannertruppe sieht. Wer bei diesem Wetlauf auf die Dauer in Preußen den Kürzeren zieht, dürfte unzweifelhaft sein.

Start Mittelholzers zum dritten Afrikaflug

Zürich, 3. Dez. Der bekannte Schweizer Flieger Mittelholzer ist am Dienstag vormittag vom Flugplatz Dübendorf zu seinem dritten Afrikaflug gestartet. Die erste Etappe ist die Strecke Zürich—Berginam.



Der Revolveranschlag auf den japanischen Ministerpräsidenten Hamaguchi

Der schwerverletzte Ministerpräsident wird die Lokator Bahnstrecke transportiert. Kurz vor Abfahrt seines Zuges wurde er von den Schüssen niedergestreckt. Am noch immer liegt der japanische Ministerpräsident, der von den Kugeln eines politischen Samaritans getroffen wurde, schwerkrank darnieder. Es ist bereits das zweite Mal, daß Hamaguchi das Opfer eines Attentates geworden ist.

Der gelbe Diwan

Von V. Williams

V.

Mr. Ruddle's Bericht

„Es wird was!“ sagte Mr. Ruddle während er sich heftig in einem kleinen Nippchen auf dem Gas in einem Winkel zusammenbraute. „Nun haben Sie den Mann von dem armen Ding gefunden. Er ist rückwärts drin mit dem Inspector. Schaute aus wie ein Reintuch, als er herein kam.“

Er wandte sich um und blickte durch seine Brille den Mann an, der eben eingetreten war. Ein junger Mann mit einem roten Gesicht, einer Knoselmaße, großen, roten Nerven und der merklich einseitigen Haltung der Po- sturen in Zivil.

„Einer von den Reichen wenigstens, was Sie da draußen sagen“, bemerkte er und klopfte eine Zigarette auf seinem Zigarettenrechner.

„Und ob!“ meinte der Drogist zustimmend. „Sein Auto steht draußen. So eine Geschichte, es hat mich wirklich zusammengerissen. Sie können's glauben. Mr. Smith. Und in meiner Profession gibt's gerade genug von Straßenunfällen, verbrannten Kindern oder Damen, die gerade daran sind in Schmach zu fallen. Aber zu sehen, wie dieses arme, junge Ding da drinnen ermordet wurde — fast vor meinen eigenen Augen... ich frag' mich, was aus der Welt noch werden soll. Wie war's mit einem Schluck heißer Kaffee, Mr. Smith? Es ist genug für uns zwei da.“

„Nur nicht schlecht“, antwortete der Kriminaler. „Seit dem Tee hat's zu keinem Bissen mehr gelangt. Den ganzen Abend hab ich nach Ihrer berechneten Nachbarin gesucht.“

„Und haben Sie Mrs. Umschel gefunden?“ fragte Mr. Ruddle, während er dem anderen eine dampfende Tasse hin- reichte.

Mr. Smith nahm geräuschvoll einen Schluck Kaffee zu sich, ehe er antwortete.

„Sie ist näher zu ihrem Bruder, der einen Möbelladen hat. Gatte keine Lust, wieder herzukommen.“

„Kein Wunder!“ bemerkte der Drogist und putzte seine Brille. „Sie war ganz aus dem Häuschen. Die Juden sind so leicht aufgeregt, Mr. Smith. Erinnern Sie sich nur an die Papeline. Ob Sie mir's glauben oder nicht...“

Die Abendglocke gab einen schrillen Laut von sich, und Mrs. Umschel erschien auf der Schwelle. Ihre Gesichtsfarbe war gelb, und ihre Augen wanderten unruhig hin und her. Hinter ihr folgte ein unterkorpiger Mann, der sich mit seinem Strohhut Kühlung zuschufelte.

„Hinter dem Inspektor drin?“ fragte er Smith, der mit dem Kopf nickte und nach dem rückwärtigen Zimmer deutete.

Mrs. Umschel hatte sich mittlerweile zum Drogristen ge- stellt.

„Was die Polizei von mir will, möchte ich auch wissen! Ich hab doch gar nichts mit der Geschichte zu tun, nicht? Und mich da mitten in der Nacht herholen, das ist doch stark, nicht? Ich bin eine anständige Frau, das wissen Sie. Mr. Ruddle... Ihre Stimme wurde immer schriller. Ich küm- merte mich doch um niemand, also was wollen Sie dann von mir, nicht?“

„Nur gemächlich, alte Dame“, sagte Smith gelassen. „Wir werden Ihnen den Kopf nicht abreißen. Wir brauchen nur Ihre Aussage. Bloß, sich deswegen so aufzuregen...“

Die Tür des Hinterzimmers öffnete sich und Wanderton trat schnell ein, gefolgt von einem gutgeleideten Herrn mit totenbleichem Gesicht und eingekunkenen Augen. Beim An- blick des Inspektors machte die Jüdin unwillkürlich eine Be- wegung, als wollte sie sich in den Schatten verziehen, aber er kam gerade auf sie zu.

„Nun, Rachel?“ fragte er in drohendem Tone.

Mrs. Umschel blickte ihn furchtlos an und murzte eine Art Verbeugung.

„Guten Abend, Mr. Wanderton“, stotterte sie.

„Sagen Sie sich ruhig auf den Stuhl da“, fuhr der In- spektor fort, „und antworten Sie auf meine Fragen. Und eins möchte ich mir ausbitten: keine von Ihren gewöhnlichen Schwundeleien, sonst... Erinnern Sie sich gefälligst, daß ich einiges von Ihnen weiß, was...“

Er drückte sie auf den Rückenstuhl, der unter ihrer Fülle gänzlich zu verschwinden schien.

„Und nun heraus mit dem, was Sie von der Sache wissen!“

Mit vielen Ausrufen und Umschweifen erzählte Mrs. Umschel in ihrem befremdlichen anglo-jiddischen Zargon, wie die „arme, so schön angezogene“ Dame plötzlich in der Abend- straße erschienen und auf sie zugelaufen wäre, sie gebeten hätte, ein Auto zu holen, und dann vor ihren Füßen zusam- mengebrochen sei.

„Sie war kaum mit ihrem Bericht fertig, als wieder die Abendglocke ertönte und eine Anzahl Männer mit allerlei Gerätschaften hereintrampelten.“

„Kommen Sie... um Sie wegzutragen?“ fragte Cran- more den Inspektor.

„Nur die Photographen von der Station“, entgegnete Wanderton. „Rein, nein“, fügte er beruhigend hinzu und legte die Hand auf Cranmore's Arm. „Ich möchte, daß Sie hier bleiben. Mr. Ruddle wird Ihnen erzählen wie Mrs. Cranmore starb, und ich hätte auch noch einige Fragen an Sie zu richten.“

Die Photographen gingen mit ihren Apparaten ins Hin- terzimmer, die Straßentür wurde geschlossen, und wieder war es still in dem kleinen Laden.

Wanderton wandte sich zu dem Drogristen um.

„Nun, Ruddle“, sagte er, „ich hatte auch noch keine Zeit, Ihren Bericht ganz zu verheuen. Wie war's wenn Sie uns alles hören lassen, was Sie von der Sache wissen?“

Mr. Ruddle räuferte sich, während er nervös seine hageren Hände aneinanderrieb.

„Ich war hier im Laden“, begann er, aber der Inspektor unterbrach ihn.

„Sollt' um welche Zeit war das?“

„Genau kann ich's nicht sagen. Aber sechs war vorüber, denn ich glaub ich hab's schlagen hören. Und halb sieben war's noch nicht denn das Fitz's Haus an der Ecke drüben war noch nicht offen. Ein Viertel nach sechs, möchte ich glauben...“

Wanderton nickte kurz.

„Gut“, sagte er. „Weiter!“

„Ich war im Laden und räumte meine Bücher auf, als ich drinnen schreien hörte. Ich raus, und was ich...“ Mrs. Umschel vor ihrer Radfahrer in einem sehr aufgeregten Zu-

stand, wie sie auf eine Frau — eine Dame möchte ich sagen — deutet, denn elegant war sie, das konnte man auf den ersten Blick sehen. Zuerst konnte ich nicht herausbringen, warum Mrs. Umschel so schrie, dann auf einmal sah ich den Griff von dem Messer, wie's herausstand aus dem Kleid von der armen Dame. Ich sah nur einen Finger rühren konnte, um der fremden Dame — ich meine Mrs. Cranmore — zu helfen, fällt sie schon hin auf dem Pflaster — so stumm, möchte man sagen. Wie sie umfiel, hört ich das Messer auf den Steinen klappern. Später hab ich's aufgehoben und dem Schupmann gegeben, den mein Ladenjunge vom andern End' von der Aldonstraße geholt hat.

„Im Augenblick hab ich mich um das Messer natürlich nicht gekümmert, sondern hab die arme Dame auf — sie war so leicht und klein — und trug sie durch den Laden ins Hinter- zimmer. Ich legte sie auf das Sofa und will gerade raus, um die Mrs. Umschel zu holen, damit sie der armen Dame das Kleid aufmacht, da sah ich, wie ihre Augenlider sich bewegen. Dann machte sie die Augen auf und hob die Hand auf, und ich merkte, daß sie was sagen wollte.“

Mr. Ruddle brach ab und schneuzte sich heftig in ein rot- seidenes Taschentuch, das er aus der Hintertafel seines langen, schwarzen Rocks zog.

„Ich beugte den Kopf herunter“, fuhr er dann wieder fort, „weil ich sah, daß das arme Ding nicht mehr viel Zeit vor sich hatte, und versuchte, zu verstehen, was sie sagte. Aber es ging einfach nicht, ich konnte keinen Sinn herausbringen...“

„Sagen Sie uns, was Sie verstanden haben“, fuhr ihn Wanderton an.

„Das Einzige, was ich verstehen konnte, war was von gelb und einem Diwan. Zweimal hat sie das gesagt, aber so ganz leise. Und... so traurig hat sie dabei ausgesehen... es hat mir wirklich so furchtbar leid getan, daß ich sie nicht verstehen konnte.“

„Ich hab mich ganz herunterbeugt und gefragt...“

„Madame“, hab ich gefragt, „was möchten Sie denn?“ Aber sie hat nur gelächelt und geseufzt... und damit war's auch schon aus...“

„Mit seiner langen, roten Nase, dem herabhängenden Schnurrbart, seinen wässrigen Augen und dem langen, dünnen Hals war der Drogist eine groteske Gestalt. Aber in der Art und Weise seiner Erzählung lag eine einfache Würde, die seine Zuhörer ergriff.“

Als er geendigt hatte, schwiegen alle, nur Cranmore fragte:

„Was das alles, was sie sagte?“

„Absolut alles, keine Silbe mehr.“ (Fortsetzung folgt.)

„Scheibe einschlagen! Knopf drücken!“

Feuerwehr erwarten!

Deutschlands Feuerwehr ist vorbildlich

Von Oberbranddirektor Walter Gempy, Leiter der Berliner Feuerwehr.

Je größer die Menschen sind, um so größer ist die Gefahr, die durch Feuer droht. Die große Arbeit, die die Feuerwehr bei der Feuerbekämpfung leistet, nicht jeder, der bei einem Brande dabei ist. Was er aber nicht sieht, ist jener ungeheure Apparat, der hinter der Mannschaft und den Geräten steht und der nötig ist, um die Gefahren für Leben und Eigentum der Menschen, die ihnen durch Brand drohen, zu bannen. Darüber äußerte sich Branddirektor Gempy, der Leiter der Berliner Feuerwehr, unserem Dr. Sr. Mitarbeiter wie folgt:

Der Bürger, der auf der Straße an jenen kleinen, roten Schildern vorbeigeht, die die Aufforderung tragen: „Scheibe einschlagen! Knopf drücken! Feuerwehr erwarten!“ ist natürlich beruhigt. Er weiß, sein Haus wird vor Feuer geschützt. Nicht wirklich mal ein Brand aus, so braucht er nur den Knopf zu drücken und die Feuerwehr ist in wenigen Augenblicken zur Stelle. Brennt es bei ihm selber aber, so dauert es ihn noch viel zu lange, bis die Feuerwehr da ist. Da soll sie möglichst im selben Moment zur Verfügung stehen und den Kampf mit dem Feuer aufnehmen. Die 5 bis 6 Minuten, die meist bis zum Eintreffen der Wehr vergehen, erscheinen ihm unendlich lang. Die kurze Zeit des Wartens wird zur Ewigkeit.

Jede Minute, um die die Feuerwehr später beim Brande ein- tritt, kann aber auch unabsehbar Schaden stiften. Der Mann, der während des Brandes den Knopf drückt und die Gefahr einer Benzinexplosion heraufbeschwört, da kann eine Fubel- fahrt durch einen Brand in der Nachbarschaft bedroht werden, da kann aber auch bei einem Unfall das Leben der Verletzten verloren sein, weil sie nicht rechtzeitig aus ihrer verhängnisvollen Lage be- freit werden konnten oder weil die Wiederbelebungsbearbeitung nicht rechtzeitig einsetzte.

Für die Feuerwehr, der nicht nur die Bekämpfung des Feuers ob- liegt, sondern die überall da eingreifen muß, wo sich der Bürger nicht mehr zu helfen weiß, bei Unfällen, bei Gasausströmungen, bei Explosionen, bei Einstürzen, ist es darum die erste Pflicht,

der Brandherd ist meist durch Gase, Dämpfe oder Rauch so erfüllt, daß man ohne Schutz sofort betäubt sein würde.

In den Geräteräumen der Feuerwehren müssen also alle diese Dinge mitgeführt werden. An alle möglichen Umstände muß vor- her gedacht werden. Für alles muß gesorgt sein. Aber es muß nicht nur da sein, es muß auch funktionieren. Da darf sich denn nicht an der Brandstelle herausstellen, daß die Geräte nicht in Ordnung sind. Dafür wird in umfangreicher Arbeit gesorgt, wenn die Feuerwehr scheinbar „nichts zu tun“ hat.

„Nichts zu tun“ hat sie eigentlich nie.

Zunehmend ist Arbeit vorhanden und auch die in Bereitschaft stehenden Feuerwehrleute arbeiten dauernd entweder an ihrer weiteren Ausbildung oder an der Unterhaltung der Geräte. Dar- um funktionieren die Geräte auch einwandfrei, wenn das Kom- mando „Schlauch vor!“ ertönt, das von dem vordersten Führer aus- geht, der am Brandherd angelangt ist. Doch der geht wie mit leeren Händen hin, nur „um nachzusehen“. Er hat immer eine Feuerlöscheinrichtung bei sich, eine sogenannte Eimerspritze, mit der er sofort Wasser geben kann. Dank dieser vorzüglichen Ein- richtung gelingt es z. B. in Berlin, die weitaus größte Anzahl aller Brände nur mit dieser kleinen Spritze zu löschen.

Bei einem Warenhausbrand oder einer Benzinexplosion ist damit natürlich nichts zu machen. Da müssen dann die anderen Geräte heran, die Motorpumpen, die das Wasser aus den Hy- dranten heraussaugen und 200 Liter pro Minute, unter 10 Atmo- sphären in die Schläuche drücken, die Leitern, eines der Haupt- geräte der Feuerwehr, die durch Motorkraft zu gleicher Zeit auf- gerichtet, gedreht und ausgezogen werden können. Bis in 80 Meter Höhe kann man damit gelangen, von wo aus sich der Feuerwehrmann mit der Mannschaft unten durch Mikrophon und Lautsprecher verständigt. Diese sind oben an der Leiter angebracht, ebenso wie Scheinwerfer, die für das nötige Licht bei nächtlichen Bränden sorgen. In Bezug auf Geräte und besonders auf Lei- tern sind wir in Deutschland dank unserer vorzüglichen Fabriken

in der ganzen Welt führend.

Wie bei einem Brande, so spielt nicht weniger bei einem Unfall oder bei sonstigen Gefahren für Menschenleben die Schnelligkeit des Eintreffens der Feuerwehr eine eminente Rolle. Und die ist zur Stelle. Kaum 20 Sekunden nach Einlaufen des Alarms sind die Feuerwehrmänner auf den Wagen. Wenige Minuten später sind sie da, wo sie gebraucht werden. Zur Erreichung dieses Zieles gehört eine eiserne Disziplin, eine bis ins kleinste ausgearbeitete Organisation und ein den größten Ansprüchen genügendes Welo- schsystem. Durch das Drücken des Knoppes am Welber wird sowohl in der nächstgelegenen Feuerwehreinheit als in der Zentrale ein Licht- signal, ein Läutewerk, ein Morseapparat und ein Lautsprecher in Tätigkeit gesetzt, der anzeigt, wo die Feuerwehr verlangt wird. Während die Beamten zu den Wagen eilen, verständigt sich der wachhabende Beamte mit dem Meldenden und nimmt dessen Mit- teilung entgegen, wozu die Hilfe der Wehr verlangt wird. Durch Hörfeld unterrichtet er den Führer des ausfahrenden Zuges da- von, so daß dieser schon vor Ankunft an dem Melde genaug infor- miert ist.

Diese Meldeanlage, von deren guten Funktionen das schnelle Erscheinen der Feuerwehr abhängt — und damit mitunter auch Menschenleben — ist das Nervensystem der Feuerwehr. Neben sind eine loffspielle Angelegenheit und so kostet auch diese An- lage eine Unmenge Geld; für jeden Kilometer Kabel, der verlegt werden muß, zahlt die Gemeinde 8000 Mark. Wenn man be- denkt, daß allein in Berlin zirka 2000 Kilometer Kabel notwendig sind, von denen etwa 500 Kilometer verlegt sind, so kann man sich leicht ausrechnen, wieviel Millionen hier buchstäblich „begrab- en“ sind.

Das alles ist aber nötig, soll die Feuerwehr ihre Arbeit rasch und erfolgreich vollbringen. Die übrige Einrichtung muß selbst- verständlich ebenso vollkommen sein, wie das Meldesystem. Am z. B. Straßenhindernisse zu beseitigen, hat man jetzt in der Ber- liner Feuerwehr einen Kranwagen angeschafft, der weil er sich gut bewährt hat, bei allen deutschen Wehren eingeführt werden soll. Auf einem kräftigen Fahrgestell ruht ein Kran, der bis auf 4 Meter seitlich und 2 Meter nach hinten ausfahren kann und eine Last von 2½ Tonnen glatt hochhebt. Ein umgeklüpter Straßen- bahnwagen, zu dessen Wiederaufrichtung früher mehrere Stunden gehörten, sieht heute schon wieder nach wenigen Minuten.

Gerade dieses „Gerüstessein“ ist die große Leistung, aber auch von Vorbereitung für die große Hilfsbereitschaft der Feuerwehr. Bei Massenunfällen kann sie sofort Rettungswagen entsenden, die Verbandzeug, Tragbahnen, Abperrseile, Wieder- belebungsbearbeitung, Gasmasken, Sauerstoff, warme Decken, kurz- um, alles enthält, was nur irgendwie gebraucht werden könnte. Nicht aber der Krutwagen aus, so stehen am Orte des Unfalls Stangen, Rammhölzer, Drahtseile, Sandfäße, Schaufeln, Fiden, Hebelbocke, Hobeln zur Verfügung. Jede Einjuragefahr kann, wenn sie nicht zu großen Umfang ist, sachgemäß beseitigt werden.

Das alles aber muß unterhalten werden. Immer wieder muß man es auf seine Vollständigkeit hin prüfen; denn nur dann, wenn alles imstande ist, ist die Feuerwehr wirklich das „Mädchen für alles“. Nur dann kann sie schnell und überall dort einspringen, wo sie gerufen wird, wo man Hilfe benötigt. Doch diese Arbeit sieht der Außenstehende leider nicht und achtet darum die Feuerwehr nicht in dem Maße, wie sie es verdient.

Größere Brände müssen immer noch mit Wasser gelöscht werden.

Darin aber hat sich die deutsche Feuerwehr eine ganz besondere Technik zu eigen gemacht, die dem unbefangenen Beobachter fast gar nicht auffällt. Er wundert sich höchstens, warum nicht auch bei uns große Schlauchleitungen an ein brennendes Gebäude herangeföhrt werden, aus denen reichlich Wasser gespritzt wird, wie in anderen Ländern. Jeder kennt das bekannte Bild der Feuerbekämpfung durch die sonst so vorzügliche amerikanische Feuerwehr, die mit Vorliebe jene bis auf 20 Meter ausziehbarsten Feuerlöscher verwendet, an deren Spitze sich ein horizontales Sprei- tzenbüchse mit einer Ausflußöffnung von 50–60 Millimeter be- findet. Dadurch kann man einen mächtigen Wasserstrahl von außen in das Gebäude niederprasseln lassen, der jede Flamme ernenndet.

Doch der Schaden, den das Wasser dabei anrichtet, ist so be- trächtlich, daß man in England sowohl wie in Amerika bei Brän- den neben der Feuerwehr ein besonderes Salvage (Rettungs-) korps einsetzt, das dafür zu sorgen hat, daß das Wasser schließlich nicht mehr Schaden anrichtet als das Feuer selbst. Wir hingegen be- kämpfen das Feuer von innen heraus. Der Feuerwehrmann muß an dem Brandort bis an die Brandstelle vordringen und dort erst aus seinem Schlauch Wasser geben. Um da heranzukommen, ist nicht nur Mut nötig, sondern auch eine vorzügliche technische Ausbildung. Die Wehrmänner müssen mit Rauchscheiteln oder Gas- masken oder auch mit Sauerstoffapparaten ausgestattet sein, denn

genau kann ich's nicht sagen. Aber sechs war vorüber, denn ich glaub ich hab's schlagen hören. Und halb sieben war's noch nicht denn das Fitz's Haus an der Ecke drüben war noch nicht offen. Ein Viertel nach sechs, möchte ich glauben...“

Wanderton nickte kurz.

„Gut“, sagte er. „Weiter!“

„Ich war im Laden und räumte meine Bücher auf, als ich drinnen schreien hörte. Ich raus, und was ich...“ Mrs. Umschel vor ihrer Radfahrer in einem sehr aufgeregten Zu-

Ein interessanter Prozess

Freiburg i. Br., 3. Dez. Nach mehr als einjähriger Voruntersuchung ist nunmehr das Hauptverfahren gegen den Inhaber des in Konkurs geratenen Bankhauses Otto Bärle & Co., Freiburg i. Br. — Otto Bärle und Berling — eröffnet worden.

Gas- und Stromverbilligung in Freiburg?

Freiburg, 3. Dez. Wie verlautet, wird sich der am 14. Dezember zu wählende Stadtrat voraussichtlich schon in der ersten Sitzung mit der Frage einer Herabsetzung der Gas- und Strompreise beschäftigen.

Ortsjubiläum des Stadtpfarrers in St. Blasien.

Der weilt über St. Blasien hinaus bekannte H. S. Stadtpfarrer Theophil Lamh, ein Sohn Jüttemangens, feierte am Sonntag sein 25jähriges Ortsjubiläum in St. Blasien, das durch die Pfarrgemeinde aufs feierlichste begangen wurde.

Wienbach, 3. Dez. (Der Tod in Wirtshaus.) Im Verlauf eines Sandgemenges im Anstich an eine durchgehende Nacht brach bei 42 Jahre alte Fabrikarbeiter Friedrich Ringwald tot zusammen.

Badenweiler, 3. Dez. (Un glücklicher Sturz.) Der Gärtner Georg Liebert stürzte auf dem dunklen Nachtaufweg so unglücklich, daß er mit einer schweren Kopfverletzung in die chirurgische Klinik nach Freiburg gebracht werden mußte.

Schopfheim, 3. Dez. (Jugendliche Diebe.) Vor dem Jugendgericht in Schopfheim wurden die nachfolgenden Diebe, die so lange die Gegend von Hell heimsüßig hatten, zum Teil abgerichtet.

Greinach, 3. Dez. (Selbstmord.) Hier verübte die 34 Jahre alte geschiedene Frau Martha Schill Selbstmord.

Revision im Mordprozess Dreifler zurückgezogen

Baldshut, 3. Dez. Der Seidenweber Alf. Dreifler, der vom Schurgericht Baldshut wegen Ermordung seiner Frau zum Tode verurteilt worden war, hat die gegen das Urteil eingelegte Revision zurückgezogen.

Baldshut, 3. Dez. (In die Dreifische geraten.) Bei der Bedienung der Dreifische geriet der Maschinenhausarbeiter Joseph Wehmer auf dem hiesigen Bohnhof mit dem rechten Fuß in die Dreifische.

Der sehr gute Besuch des Abends wird den Kunstlern gezeigt haben, daß sie bald wieder willkommen sind und so rufen wir ihnen zu „Auf baldiges Wiederhören in Karlsruhe“.

Violinkonzert Josef Veischer mit dem Badischen Kammerorchester

Josef Veischer, Lehrer an der Hochschule für Musik, hat hier eine besonders reue Gemeinde, die sein in letzter Zeit seltener gemordenes Auftreten als Solist diesmal besonders freudig begrüßte und den Feisfall der Hochschule für Musik bis auf den letzten Platz füllte.

Der Pariser Herbit'salon

Als unsere Wänter jung waren — so um 1900 — war die Gestaltung des Pariser Herbstsalons ein Ereignis. Heute ist es keines mehr, das weit jeder deutsche Zeitungsleser, denn die Kritiker treffen sich alljährlich — und mit Recht — über dieses geschmack- und kunstuhe Gemüter ein paar launend witzige, im Grand Palais, diesem Prachtbau der Jahrhundertwende, hängen sie dort gerüst, über- und untereinander, ein qualender Anblick.

Chingen, Amt Engen, 2. Dez. (Brand.) In der Scheune des Landwirts Rutilius Büchler brach Feuer aus, dem in kurzer Zeit das ganze Anwesen zum Opfer fiel.

Ueberlingen, 2. Dez. (Brand.) In dem in der Nähe der militärischen Grenze gelegenen und zur Gemeinde Stadel gehörenden Hof des Landwirts Meßger brach in den Abendstunden ein Brand aus, dem die umfangreichen Oekonomiegebäude zum Opfer fielen.

Vermischte Nachrichten

In die Transmission geraten.

Basel, 2. Dez. In der Fabrik der Gesellschaft für Chemische Industrie geriet ein 32 Jahre alter Arbeiter namens Seger in die Transmission, wobei ihm beide Arme und beide Beine ausgehauen wurden.

Basel, 3. Dez. (Weil der Mann den Jahlag verbrant.) Zum Familiendrama, dem, wie bereits gemeldet, eine Mutter mit ihrem zweijährigen Knäblein und einem Mädchen im Alter von vier Jahren zum Opfer fielen, wird noch berichtet, daß die Ursache des Dramas darauf zurückzuführen sei, daß sich die Familie in zerrütteten Familienverhältnissen befand.

Schaffhausen, 2. Dez. (Neue Konzession für die Straßenbahn.) Für die elektrische Straßenbahn der Stadt Schaffhausen ist der Schweizerischen Bundesversammlung der Entwurf zu einem Bundesbeschlusse über die Erteilung einer neuen Konzession zugegangen.

Gewerkschaftliches

Schulungskurs für Erwerbslose.

In Fortsetzung der vom Kartell der christlichen Gewerkschaften im Verein mit dem Ortswohlfahrtsausschuß der christlichen Arbeitergesellschaft im neuen Kollingshaus veranstalteten Kurse für Erwerbslose sprachen am letzten Mittwoch Arbeitsamtsdirektor Oberregierungsrat Deningger, Karlsruhe über das Arbeitslosenversicherungsgesetz (Fortsetzung) und Herr Krankentassenreferent Falt-Ottens über das Krankenversicherungsgesetz.

Jugendkartell der christlichen Gewerkschaften Karlsruhe.

Am Mittwoch der vorigen Woche veranstaltete das Jugendkartell der christlichen Gewerkschaften in der Aula der Gewerkschule I einen Filmabend, welcher sehr gut besucht war.

Außerordentliche Generalversammlung der Pensionskasse der Bankangestellten.

Gestern fand in Berlin eine „außerordentliche Generalversammlung“ des Beamtenrentenvereins der Deutschen Bank- und Bankiergewerkschaft, der Pensionsversicherung der Bankangestellten (einer Ersatzkassette der R.f.A.) statt, die vom Allgemeinen

Verband der Deutschen Bankangestellten und Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband gefordert war. Der Beamtenrentenvereins hat heute ca. 70 000 Mitglieder und ein Vermögen von ca. 150 Millionen RM; trotzdem aber seine Beiträge 50—200 Prozent höher als die zur Angestelltenversicherung sind, werden nur Leistungen gegeben, die in der Gesamtauswirkung etwa 50 Prozent über den der R.f.A. stehen.

Die Abstimmungen, die vorgenommen wurden, ergaben, daß sich 10 700 Mitglieder für geheime Wahl einsetzten, während ca. 20 000 dagegen stimmten, ein Ergebnis, das sich nur durch die öffentliche Vollmachtensammlung erklären läßt.

Der D.H.V. teilt uns mit: Das Reichsarbeitsministerium hat als Sonderbeauftragter für das Bankgewerbe Herr Prof. Dr. Brahm bestellt. (Prof. Dr. B. ist gleichzeitig als Schlichter im Tarifstreit des Bergbaues tätig.)

Landwirtschaftliches

Der neue Futterernteertrag.

Im Reichsjahrbuch vom 3. Dezember wird der von der Regierung auf Grund der in der Vortragsrede vom 1. 12. festgesetzten Verteilung neu festgesetzte Zoll zur Viehfütterung veröffentlicht.

Untersuchungsausschuß über die Roggenfäulnisfrage.

Im Reichstag ist ein Antrag der deutschnationalen Fraktion eingegangen, wonach die Reichsregierung ersucht werden soll, umgehend einen Untersuchungsausschuß einzusetzen mit der Aufgabe, genaue Feststellungen darüber zu treffen, wie weit sich die „Roggen- und Flockenfäulnis“ der Reichsregierung günstig oder schädlich für die deutsche Landwirtschaft auswirkt, ob und in welchem Umfang die Bekämpfung richtig ist, daß im Zusammenhang damit unrentable Geschäfte, Kleinhandel oder Scheingeschäfte getrieben werden sind, teilweise mihilose Gewinne zum Schaden der deutschen Landwirtschaft erzielt wurden und inwieweit Preisstellen oder in Preisstellen tätige Personen die Erzielung solcher mihilosen Gewinne geduldet oder begünstigt haben.

Wetterbericht

Allgemeine Witterungsübersicht. Karlsruhe, 3. Dez. Die Wetterlage hat sich nicht geändert, so daß der Hochdruckeinfluß bei uns anhalten wird.

Boraußsichtige Witterung für Donnerstag: Fortdauer der Schönwetterperiode, trocken, Nachfröste.

Wasserkände des Rheins vom 3. Dezember, morgens 8 Uhr: Baldshut 298, gef. 6; Basel 111, gef. 5; Schusterinsel 172, gef. 8; Rehl 325, gef. 5; Muzau 528, gef. 12; Mannheim 482, gef. 25; Raub über 200 Zentimeter.

Die Erziehung der studierenden Jugend in Italien

Am „Popolo d'Italia“ veröffentlichte Arnaldo Mussolini ausführlich die faschistische Bewegung in den Kreisen der studierenden Jugend außerhalb Italiens einen langen Leitartikel. Er schreibt darin u. a.:

Sturali fand eine harmonische Linie, zwischen den alten Heberlieferungen der Hochschulen und unserem modernen Leben, das höhere Pflichterfüllung und eine ernstere Tätigkeit verlangt. Der neue faschistische Generalsekretär wendet sich nicht mit leeren Schmeicheleworten an die Jugend, sondern er richtet ernste Worte an sie.

Karlsruher Nachrichten

Donnerstag, den 4. Dezember 1930

Einstellung des Disziplinarverfahrens

Oberbürgermeister Dr. Finter vollkommen gerechtfertigt.
— Die kommunistische „Arbeiterzeitung“ am Pranger.

Herr Oberbürgermeister Dr. Finter hat vor kurzem wegen der in der Mannheimer „Arbeiterzeitung“ gegen ihn gerichteten Angriffe Antrag auf Durchführung eines Disziplinarverfahrens gegen sich gestellt. Die Staatsaufsichtsbehörde hat dieses Verfahren eingeleitet und die Untersuchung auf sämtliche Vorgänge erstreckt, welche die „Arbeiterzeitung“ vor den Gemeindevorständen unter der Überschrift „Riesensandal auf dem Karlsruher Rathaus“ erwähnt hat.

Nach eingehender Prüfung der gesamten Sach- und Rechtslage, nach eidlischer Zeugeneinvernahme und auf Grund von Gutachten zweier staatlicher Sachverständigen ist nunmehr die Entscheidung ergangen; sie lautet auf Einstellung des Verfahrens.

In der ausführlichen Begründung ist einmal nach der formalen Seite dargelegt, daß Verletzungen von Verfahrensvorschriften, insbesondere über die Zuständigkeit des Bürgerausschusses oder über die Buchungen nicht vorgekommen sind. Nur in einem Fall, den übrigens auch der Stadtrat in seiner vor einigen Wochen veröffentlichten Erklärung angeführt hat, wird beanstandet, daß die Genehmigung des Stadtrates zu einer nachträglich bekannt gewordenen Ueberweisung in Höhe von rund 5000 RM. nicht eingeholt worden ist. Die Begründung der Disziplinarentscheidung bringt aber zum Ausdruck, daß es sich hier um ein offensichtliches Versehen und nicht um eine Verletzung handelt.

In sachlicher Hinsicht ist festgestellt, daß eine Verletzung irgendwelcher städtischer Interessen nicht vorliegt. Insbesondere betont die Begründung:

Von Heppigkeit in der Wohnung des Oberbürgermeisters ist keine Spur zu finden, der angebliche Luxuswagen ist f. B. der billigste sechsfache Wagen der Benzwerke in Mannheim gewesen, die behauptete ungerechtfertigte Bereicherung in den Jahren 1920—1924 stellt sich in Wirklichkeit als eine freiwillig angenommene Schlechterstellung des Oberbürgermeisters dar.

Allgemein wird schließlich in den Entscheidungsgründen hervorgehoben, daß die Amtsführung des Oberbürgermeisters Dr. Finter in jeder Hinsicht gewissenhaft und streng korrekt gewesen ist und daß alle gegen ihn erhobenen Vorwürfe sich als völlig haltlos erwiesen haben.

Nahrungsmittelkontrolle der Woche

Im Monat November wurden 1332 Kannen Milch geprüft und 313 Proben zwecks Untersuchung erhoben. Davon mußten 82 als gemästert, 2 als entrahmt, 13 als fettarm, 10 als sämrig und 16 als sauer und deshalb als minderwertig beanstandet werden. Die Beanstandungen fallen den Milchproduzenten bzw. den Milchsammlern zur Last; nur in 2 Fällen wurde bei einem hiesigen Milchhändler Wässerung der Kundenn Milch festgestellt.

Zur Anzeige gelangen: Ein Milchsammler aus Büdingen, Amt Bretten, weil er mit Kuhmilch stark verunreinigte Milch an die Milchzentrale lieferte; die Milch wurde als Futter für Tiere verwendet; ferner ein Milchsammler aus Gerstheim, weil er neben der gesammelten und zur Ablieferung an die Milchzentrale bestimmte Milch sämriges Wäasser mischte, wodurch die Milch verunreinigt wurde.

Die Kontrollen von 115 Metzgereien und Fleischnotegegeschäften ergaben 58 Beanstandungen wegen Nichtbeachtung der Schlachthof- und Fleischschauordnung insbesondere bezüglich der Trichinensuchen. Bezüglich der Einhaltung des neuen Brotgesetzes wurden 89 Bäckereien kontrolliert und dabei in einer Bäckerei die Bezeichnung des Milchbrotes beanstandet.

Von sonstigen Lebens-, Genuss- und Gebrauchsmitteln wurden im ganzen 57 Proben zur Untersuchung gebracht. Davon waren zu beanstanden: Butter wegen zu hohen Wassergehalts; Rahm, weil er fettarm war; Schwarzbrot wegen erheblichen Nibdergewichtes (4 Proben); Eierwaren, weil sie mit Eiweiß hergestellt waren; Angenbuttermarkt wegen zu hohen Wasserzuges; Seifen, weil sie verdorben waren; Waffeln, weil sie feucht waren; Speiseeis, weil sie als giftig und gesundheitsschädlich erkannt wurde.

Zur Anzeige gelangten: 2 Kaufleute, 3 Wirte und 89 Gewerbetreibende wegen aller möglichen Verstöße gegen wirtschaftliche Gesetze und Verordnungen.

Warnung vor einem Schwindler

Bei der Frau eines Professors in der Dirlschstraße erschien ein junger Mann, um angeblich im Auftrag der Post Rundfunkgebühren einzuziehen. Da es sich um einen Betrüger handelt und dieser Teid Nachzahlung finden dürfte, wird die Deffenhaftigkeit gewarnt. Nur Briefträger haben die Berechtigung, für die Post Geld einzuziehen.

Mißstände am Staatstechnikum

Protest der Studierenden.

Am 1. Dezember fand im großen Saal des „Löwenrauchs“ eine Protestkundgebung statt, zu welcher in Anwesenheit des Badischen Baumeisterbundes etwa 480 Studierende über die unhaltbaren Zustände am Badischen Staatstechnikum Stellung nahmen. Der in der Versammlung gebildete Untersuchungsausschuss soll in kürzester Frist seine berechtigten Forderungen der Direktion bzw. dem Ministerium des Kultus und Unterrichts zur Vorlage bringen.

Sparsparneinlagen im Deutschen Reich. Ende Oktober 1930 beliefen sich die Sparsparlagen bei den deutschen Sparkassen auf 10 190,55 Mill. RM. gegen 10 148,45 Mill. RM. Ende September 1930. Der Berichtsmontat weist mithin eine Zunahme von 42,10 Mill. RM. auf. Im einzelnen betragen die Einzahlungen 601,20 Mill. RM. (davon aus Aufwertung 3,86 Mill. RM. und aus Zinsaufschlägen 1,09 Mill. RM.) und die Auszahlungen 559,09 Mill. RM. Die Scheck-, Giro- und Kontokorrent- und Depositionseinlagen stellten sich Ende Oktober auf 1464,03 Mill. RM. gegen 1492,09 Mill. RM. Ende September 1930.

(1) Beachtet das Blindenwarenzeichen! Diese Bitte richtet die Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des deutschen Blindenhandwerks e. V., Berlin, an das kaufende Publikum. Um in noch stärkerer Maße als bisher dem unredlichen Handel entgegenzutreten, der mit allerlei Waren angeblich zu Gunsten der Blinden geführt wird, hat sie kürzlich beschlossen, daß ihre Mitglieder Plakate mit dem gesetzlich geschützten Blindenwarenzeichen, wie sie schon auf den Bahnhöfen aushängen, zur Unterrichtung des Publikums in Geschäften, bei Rechtsanwälten und Ärzten, in Apotheken und in den Korridoren und Wartebäumen von Bahnhöfen zum Aushängen zu bringen zu dürfen, soweit von den betreffenden Stellen die Erlaubnis dazu gegeben wird. Das Blindenwarenzeichen stellt zwei stilisierte Hände dar, die sich den Strahlen der Sonne entgegenstrecken.

Modernisierung der städtischen Bäder

Technische Neuerungen — Erweiterung der Badegelegenheiten

Man kann nicht behaupten, daß unsere Stadtverwaltung Mittel und Wege scheute, um das städtische Badewesen auf einer für die Volkshygiene notwendigen Höhe zu halten. In den letzten Wochen wurde nun durch Einbau technischer Neuerungen und Modernisierung der Badegelegenheiten die hervorragende Stellung, die Karlsruhe auch schon vor dem Krieg durch seine beiden großen Hallenschwimmbäder unter den süddeutschen Städten einnahm, aufs neue unterstrichen.

Im Bierordisbad wurden, um nur das Markanteste herauszugreifen, die Zahl der Brausen in der Schwimmhalle provisorisch von 7 auf 18 erhöht. Das Dampfbad wurde neu hergerichtet, mit Fußwaschbecken, Dampfbüchse, Regenbrausen und neuen Rückenbänken versehen. Das russisch-irische Dampfbad wurde verbessert, 2 neue elektrische Heißluftstromapparate und ein neuer Heißluftbadkasten beschafft. Statt der seitherigen betrieblen Personenzüge wurden neue automatische Heißeisenwagen mit Kartenausgabe aufgestellt. Die Beleuchtung in der Schwimmhalle wurde insofern sichergestellt, als zu der nur vorhandenen Gleichstrombeleuchtung eine Lampe auf Dreifachstrom umgearbeitet wurde. Eine Startanlage für Schwimmbäder zur Abgrenzung der 25 Meter Schwimmbahn wurde beschafft und gegen eine Gebühr den einzelnen Schwimmvereinen bei Wettkämpfen vermietet.

des Jahres 1930 beträgt die Besucherzunahme im Bierordisbad 2 Prozent, während das Friedrichsbad demgegenüber einen Rückgang um 7 Prozent zu verzeichnen hat. Dieser Rückgang ist darauf zurückzuführen, daß die 60 Kabinen des Friedrichsbades bei weitem nicht ausgenutzt sind. Dagegen ist im Bierordisbad ständig eine Ueberfüllung der Schwimmkabinen, so daß die Stadt eine Vermehrung der Kabinen vorgesehen hat. In dem Raum vor der Schwimmhalle sollen nämlich, sobald die finanzielle Lage es ermöglicht, Beseßelkabinen erstellt werden, so daß die Kabinenfrage in der Schwimmhalle des Bierordisbades dadurch eine wesentliche Verbesserung erfahren würde. In der letzten Wäscheablage des Schwimmbades ist als Zukunftsprojekt ein Höhenfenster geplant. Man wird also später einmal gegen einen geringen Zuschlag auch in den unterirdischen Herbst- und Wintertagen die wohlthuende Höhensonne genießen können.

Unser Karlsruher Rheinstrandbad Rappenswörth, dessen Eröffnung in manchen Kreisen immer noch ein zum Teil unfaßliches Kritik erfährt, entspricht, das hat sich in den zwölf Monaten seines Bestehens klar und deutlich gezeigt, einem Bedürfnis der überwiegenden Mehrheit der Karlsruher Bevölkerung. Es war auch schon Bürgermeister Schneider im vergangenen Jahre mit aller Energie für die Fertigstellung des im Anstehen der Gesundheitsbehörde der Karlsruher Bevölkerung so segensreich wirkenden Rheinstrandbades eingetreten, denn bei den jetzigen Finanzverhältnissen der



Links: Kurabteilung im Friedrichsbad.

Mitte: Kohlesäurebad im Bierordisbad.

Rechts: Duschraum mit elektr. Warmbad im Bierordisbad.

Eine neue Badeart, die Schaumbäder, wurde mit gutem Erfolg eingeführt. Ebenso wurde in der Art der Verarbeitung der Kohlesäurebäder eine wesentliche Verbesserung erzielt.

Im Friedrichsbad wurde der allgemeine Auskleideraum neben der Schwimmhalle neu hergerichtet, die Kurabteilung erhielt neue Kettstellen, Fänge- und Schwefelbäder wurden ebenfalls einer Neuherichtung unterzogen, die Vorhalle und das Treppenhäuser gestrichen, sowie ein Arbeiter-Auskleideraum und ein kleines Magazin geschaffen. Der Auskleideraum und das Geschäftszimmer wurden etwas verbessert und zwei neue elektrische Heißluftstromapparate für die Kurabteilung beschafft.

Ebenso wie im Bierordisbad wurden die Schaumbäder eingeführt und die Kohlesäurebäder nach neuerer Methode abgegeben. Im städtischen Schwimmbad und Sonnenbad am Rhein wurden die Sonnenbadabteilung für Herren gegen die der Damen umgetauscht, weil dadurch für Herren ein größerer Raum für Spiele ermöglicht worden ist. Dieses Verfahren hat sich sehr gut bewährt. Die Kantinen wurden aus den Sonnenbadabteilungen in die Schwimmabteilung verlegt und dadurch weiterer Raum für Auskleideabteilungen geschaffen.

Allgemein wurden die Waderpreise einer kleinen Revision unterzogen; die Preise für Schwimmbäder ohne Auskleideabteilung wurden ermäßigt, billige Monats- und Jahreskarten wurden eingeführt.

Die Badeüblichkeit der Karlsruher Bevölkerung erfreut sich nicht nur in den Sommermonaten, sondern auch im Winter eine wesentliche Steigerung. Im Jahre 1929 hatte beispielsweise das Bierordisbad rund 28 000 und das Friedrichsbad rund 27 000 Besucher mehr als im Vorjahr. Die größere Besucherfrequenz des Friedrichsbades ist auf die einmonatliche Schließung der Schwimmhalle im Bierordisbad zurückzuführen. In den ersten fünf Monaten

Stadt wäre die Errichtung von Rappenswörth unmöglich gewesen. Nach der glänzenden Frequenz des Rappenswörther Strandbades im Jahre 1929 ist infolge der ungünstigen Witterung ein Rückgang in der Besucherzahl von Rappenswörth eingetreten, so daß unter Einbeziehung des ständig vorgeesehenen Zuschusses von 15 000 RM. sich in diesem Jahre voraussichtlich ein Defizit von etwa 24 000 RM. ergeben dürfte.

Die Frage der Aufhebung des Gallen-Familienbades im städtischen Bierordisbad hat Anlaß zu einer Erörterung in der Öffentlichkeit gegeben. Die städtische Stadtverwaltung hat das Familienbad im Bierordisbad nur aus rein wirtschaftlichen Gründen aufgehoben. Es ist damit auch eine bessere wirtschaftliche Einteilung der beiden Schwimmhallen gewährleistet. Auch der Schulschwimmunterricht wird durch die Neuerteilung einer rationelleren Regelung finden. Die Schulen in den westlichen Stadtteilen werden im Friedrichsbad, die Schulen in den östlichen Stadtteilen im Bierordisbad Schwimmunterricht erhalten.

Der Rundgang durch die Karlsruher Bäder zeigte schließlich vor allem eine Reihe von bemerkenswerten Verbesserungen bei den Wasserbädern, die der Gesundheit der Karlsruher Bevölkerung zu Nutzen kommen. So wurden bei den Wasserbädern sehr wirkungsvolle Kohlesäure- und Schaumbäder eingeführt, die sich einer steigenden Beliebtheit erfreuen. Auch die Kurabteilung hat in den letzten Monaten eine bemerkenswerte Verbesserung erfahren.

Es ist damit der Beweis, daß auf dem Gebiete der Gesundheitspflege für die Karlsruher Bevölkerung von der Stadtverwaltung musterhaftes geleistet wurde. Es gibt kaum Städte in der Größe von Karlsruhe, die einen ähnlichen vorbildlichen und vielfeitigen Hallenbadebetrieb haben, wie die badische Landeshauptstadt.

S.O.S.-Ruf des badischen Gaststättengewerbes

Zunehmende Ankosten und Besteuerung sowie gewaltiger Konsumrückgang bringen das Biergewerbe in höchste Not

Unter diesem Hilferuf hat der Badische Gastwirteverband e. V. Karlsruhe an die badischen Ministerien, den Landtag, den badischen Abgeordneten des deutschen Reichstags, den kommunalen Körperschaften, dem Städteverband und Städtebund sowie den badischen Handels- und Handwerkskammern eine Denkschrift über die katastrophale Lage des badischen Gaststättengewerbes überreicht. Die zunehmenden Ankosten und ein gewaltiger Konsumrückgang hätten eine bedrohliche Situation geschaffen und schon rüden die neuen Gesetze in Form weiterer Erhöhung der Biersteuerlasten, sowie in der Einführung der Gemeindegetränkesteuer heran. In höchster Not, so heißt es in der Eingabe, müssen wir daher unsere warnende Stimme erheben, um einen gewaltigen wirtschaftlichen Zusammenbruch unseres badischen Gaststättengewerbes mit nicht voraussehbaren Folgen für die Gesamtwirtschaft zu verhindern. Im weiteren wird ausgeführt, daß eine verhängnisvolle Steuerpolitik in der Nachkriegszeit einen durchschnittlich 40—60prozentigen Konsumrückgang verursacht habe. Die Gastzimmer ständen leer und die Gasträume wiesen in der Mehrzahl ihrer Fälle eine gähnende Leere auf. Nach dem Ausweis der Besucherfrequenz vom Juli d. J. sind in diesem Monat 40,3 Millionen Mark eingeblieben, gegen 39,6 Millionen im gleichen Monat des Vorjahres, trotz einer nahezu 60prozentigen Erhöhung der Steuerlast. Der Bieranstieg in badischen Brauereien ist in der Zeit vom 1. Juli bis 30. Sept. d. J. um über 26 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres zurückgeblieben. Trotz erheblicher herabgesetzter Preise weist der Weinkonsum einen

nicht nie dagewesenen Tiefstand auf, während der Verbrauch an Spirituosen um 90 Prozent zurückgegangen ist. Innerhalbiger Schaden wurde dem Gaststättengewerbe durch die Mineralwassersteuer zugefügt. Die Preisgestaltung für Speisen mußte dementsprechend vorgenommen werden, daß gerade noch die Selbstkosten erreicht werden konnten. Infolgedessen aller Art sind die betrübliche Folge dieser mehr als depressiveren Erscheinung. Geld, das in erster Linie dem badischen Gaststättengewerbe zugekommen wäre, wandert in nicht erheblichen Mengen dem Verzehr im Auslande zu. Eine große Zahl badischer Brauereien hat eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden vornehmen müssen; stark ist die Erwerbslosigkeit der Gaststättengewerbetreibenden.

Die Denkschrift schließt mit den Worten: „Wir verabschieden uns nicht der auch von uns im Prinzip anerkannten Allgemeinen Preisabwärtsbewegung. Man mußt uns aber geradezu Unmögliches zu, sich dieser Bewegung in einem Augenblick angeschlossen zu lassen, in dem man gleichzeitig ein neues Kalten aufzuerlegen gedenkt. Die Gemeindegrenzensteuer insbesondere wird, ganz abgesehen von ihrer technischen Undurchführbarkeit, auch den Kommunen den erhofften Steuererfolg nie bringen. Sie wird aber geeignete Maßnahmen des letzten Jahres eines ehrbaren Gewerbes vom Schauplatz des Lebens verschwinden zu lassen. Wir müssen uns daher um unsere und unserer Familien Haut wehren im Interesse gerechter Selbsterhaltung. Um Ihre Unterstützung in diesem uns nun aufgezungenen Kampfe hätten wir Sie daher höchlichst gebeten.“

Weitere Meldungen

Fehlgeschlagenes Attentat auf den spanischen Ministerpräsidenten

Madrid, 3. Dez. Der politische Redakteur der Zeitung „El Sol“, Lizo, hat heute nachmittag bei einem Presseempfang auf Ministerpräsidenten Berenguer einen Revolveranschlag abgegeben, ohne ihn jedoch zu treffen. Lizo hatte vor dem Presseempfang seinen Kollegen mitgeteilt, daß er seine Tätigkeit als politischer Redakteur des genannten Blattes niederlege. Er hielt sich bis zur Ankunft Berenguers von seinen Kollegen ab. Als der Ministerpräsident, wie üblich, sich im Kreise der Journalisten befand, zog Lizo einen Revolver. Die Umstehenden stürzten sich auf ihn und konnten den Schuß ablenken, so daß die Kugel in die Decke drang. Lizo beschränkte sich auf die Erklärung: „Ich habe einen anarchistischen Protest gegen das Regime, das Euch Exzellenz vertreten, machen wollen.“ General Berenguer und die Journalisten glauben, daß Lizo in einem Anfall von Geistesgeführligkeit gehandelt hat.

Attentat auf das holländische Konsulat in Dortmund

Dortmund, 3. Dez. Heute mittag wurde eine Korridorfensterscheibe zu den Geschäftsräumen des holländischen Konsulates eingeschlagen. Der Täter, der 25jährige Student der Medizin, Kurt Winkelmann, ergriff nach der Tat die Flucht und gab auf einen ihn verfolgenden Konsularangestellten einen Schuß ab, der fehl ging. Nach längerer Verfolgung wurde Winkelmann von Beamten des inzwischen alarmierten Ueberfallkommandos verhaftet. Winkelmann hatte sich vor kurzem einige Zeit in Holland aufgehalten und wurde wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung ausgewiesen. Eine in seinem Besitz befindliche Pistole wurde bei ihm beschlagnahmt. Als er vor einigen Wochen auf dem Konsulat vorstellig wurde, um seine Waffe zurückzufordern, wurde ihm dies verweigert.

Entgegenkommen für die Deutschen in Dänemark

Kopenhagen, 3. Dez. Im dänischen Reichstag fand heute die erste Beratung der Regierungsvorlage über das neue Schulgesetz für Nordschleswig statt. Gleichzeitig wurde der kürzlich von den deutschen Abg. Schmidt-Wodder eingebrachte Vorschlag beraten, der die Wünsche der deutschen Minderheit für die deutschen Schulen in Nordschleswig enthält.

In der kurzen Debatte erklärten sämtliche Redner, daß sie in den beiden Vorschlägen zu Verhandlungen bereit seien. Der Unterrichtsminister erklärte, er sei bereit, über den Hauptpunkt der deutschen Minderheit auf Errichtung einer höheren Schule mit Abiturrecht in Verhandlungen einzutreten. Der Abg. Schmidt gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß ihm die Redner der anderen Parteien im Gegensatz zu früher, entgegenkommen bewiesen hätten, und sprach die Hoffnung aus, daß man zu einer Einigung gelangen werde. Beide Vorschläge wurden schließlich einem gemeinsamen Ausschuss überwiesen, in dem auch der deutsche Abgeordnete einen Sitz erhalten wird.

Bredt geht doch

Berlin, 3. Dez. Wie wir hören, hält Reichsjustizminister Dr. Bredt an seinem Entschluß, zu demissionieren, fest. Er hat sich auch bereits von seinen Beamten verabschiedet.

Konkurs der Landwirtschaftlichen Genossenschaft Sandhausen

Sandhausen (bei Heidelberg), 3. Dez. Hier ist die Landwirtschaftliche Genossenschaft Sandhausen in Konkurs geraten. Seit 1922 war weder eine Revision, noch ein Klassensturz vorgenommen worden und bei der nunmehr erfolgten Prüfung stellte sich heraus, daß ein Klassenbestand überhaupt nicht vorhanden war. Nach der vom Konkursverwalter aufgestellten Bilanz bleibt ein Fehlbetrag von circa 54 300 Mark zu decken. Nach dem Genossenschaftsgesetz werden in erster Linie die Mitglieder mit der Haftungsumme von 300 Mark in Anspruch genommen. Vorstand, Aufsichtsrat und Rechner sollen wegen pflichtwidrigem Verhalten zum Schadenersatz herangezogen werden. Alle Maßnahmen sind getroffen, um eine Sanierung zu ermöglichen.

Das Urteil im Spritschmuggelprozess

Berlin, 2. Dez. (Eig. Meldung.) In dem großen Spritschmuggelprozess wurde heute abend das Urteil verkündet. Von den 16 Angeklagten wurden 13 verurteilt und 3 freigesprochen. Wegen landesmäßigen Bandenbruchs in Tateinheit mit Monopolstenerhinterziehung erhielt der Ingenieur Bauer 1 Jahr 2 Monate Gefängnis und Geld- und Wertersatzstrafen von insgesamt 525 000 RM. Sommergenrat Karl Lindemann wegen desselben Vergehens unter Einbeziehung der gegen ihn bereits erkannten Strafe wegen Betruges durch Kurdtreiberei eine Gesamtstrafe von 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis sowie Geld- und Wertersatzstrafen von 275 000 RM. Otto Lindemann eine Gesamtstrafe von 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis und Geld- und Wertersatzstrafen von 310 000 RM, der Angeklagte Hoyer 7 Monate Gefängnis und 300 000 RM. Geld- und Wertersatzstrafen, doch für die Gefängnisstrafe Bewährungsfrist. Die übrigen Angeklagten wurden zu 3 bis 9 Monaten Gefängnis,

Wer Konjunkturen nicht ausnützt

wird selten größere Erfolge erzielen. Haben Sie Ihre Vorbereitungen für das Weihnachtsgeschäft schon getroffen? Sie wissen ja: Ihr bester Helfer **die Anzeige im Badischen Beobachter**

zum Teil ebenfalls mit Bewährungsfrist, und zu Geld- und Wertersatzstrafen bis zu 60 000 RM. verurteilt. Die Brüder Karl und Otto Lindemann erhielten außerdem je 3 Jahre Ehrverlust zuerkannt. Der beschlagnahmte Sprit wurde für verfallen erklärt. Das Motorboot „Inge“ wurde beschlagnahmt.

Zertianer verübt einen Diebstahl

Berlin, 3. Dez. (Eig. Meld.) Ein aufregender Vorfall spielte sich gestern Abend in der Villa eines Professors in Dahlem ab. Dort wurde die Gattin des Professors bei ihrer Rückkehr von einem Spaziergang von einem 14jährigen Jungen, der sich in das Haus eingeschlichen hatte, überfallen. Die Frau rief laut um Hilfe und lief auf die Straße. Der jugendliche Täter, dem der Weg zur Flucht abgeschnitten war, schloß sich in das Speisezimmer der Villa ein und schloß sich eine Kugel ins Herz. Der Knabe ist, wie später festgestellt wurde, der 14jährige Zertianer Hans Rosenbergs, der seit drei Tagen aus dem Hause seines Vaters, des Reichsbahnrates Rosenbergs, verschwunden war.

Man nimmt an, daß er einen Diebstahl ausführen wollte. Als die Frau ahnungslos das Haus betrat, hörte sie plötzlich in der oberen Etage ein Geräusch. Bevor sie irgend etwas unternehmen konnte, kam ihr auf der Treppe der Junge mit erhobener Pistole entgegen. Er rief laut: „Hände hoch oder ich schieße!“ In demselben Augenblick feuerte der Junge auch schon einen Schuß ab, der aber zum Glück nur die

Wand des Treppenflurs traf. Der Junge muß dann wohl bemerkt haben, daß Leute aus den angrenzenden Villen herbeieilten. Er flüchtete ins Speisezimmer und erschoss sich hier. Man brachte den Knaben nach einem benachbarten Sanatorium; aber die Ärzte konnten nur noch den bereits eingetretenen Tod feststellen. Hans Rosenbergs, der sehr phantastisch veranlagt war, hatte bei seinem Fortlaufen aus dem Elternhaus ein Indianerrevolver mitgenommen und sich eine Pistole mit Munition aus dem Schreibtisch seines Vaters angeeignet.

Bluttag eines Eissährigen

Gotha, 3. Dez. Der 11 Jahre Cramer war heute vormittag von seiner nach Gotha fahrenden Mutter allein in der Wohnung zurückgelassen worden. Um sich die Zeit zu vertreiben, holte der Knabe den sechsjährigen Nachbarkind Weida zum Spielen in die elterliche Wohnung. Der junge Cramer fand dabei den geladenen Revolver seines Vaters und zielte mit der Waffe auf den Spielgefährten. Dabei ging ein Schuß los und traf den kleinen Weida über dem Auge in die Stirn. Der Betroffene starb sofort. Der Tatbestand wurde von der Behörde in der Wohnung Cramers, der Führer der kommunistischen Opposition ist, festgestellt, wo der jugendliche Täter einem Verhör unterzogen wurde.

Beamtenfragen

In der Bestimmung der Notverordnung, die die Gehaltsfözung der Beamten regelt, ist ein Vorbehalt getroffen, nach dem die Notverordnung dort nicht gelten soll, wo die Verfassungsbestimmung des Artikels 129 über die wohlverordneten Rechte der Beamten rechtswirksam ist. Das trifft für einzelne Länder, unter anderem auch für badische Gemeinden zu. Zur einheitlichen Durchführung der Gehaltsfözung wird das Reichsfinanzministerium aus diesem Grunde ein Gesetz vorgelegt, das auch für diese Beamten die Gehaltsfözung durchführt.

Es handelt sich um eine Vorlage, die verfassungsändernd ist, zu deren Annahme eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist. Die Regierung rechnet damit, daß in diesem besonderen Falle weder der Reichsrat noch der Reichstag Schwierigkeiten machen werden, da kein Anlaß besteht, die Beamten in einzelnen Ländern und Gemeinden rechtlich besser zu stellen als in den übrigen Teilen des Reiches.

Amtliches

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Zur Ruhe gesetzt: Polizeihauptwachmeister Jakob Geh bei der Polizeischule in Karlsruhe und Polizeisekretär David Böhmann in Heidelberg.

Kraft Gesetzes in den Ruhestand getreten: Hausmeister Paul Keller beim Statistischen Landesamt in Karlsruhe. Entlassen auf Ansuchen: Gendarmehauptwachmeister Adolf Baum in Amelingen, Amt Karlsruhe.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt: Hauptlehrer Dr. phil. Josef Rombach in Freiburg zum Professor an der Lehrerbildungsanstalt daselbst.

Berufen in gleicher Eigenschaft: Gewerbelehrer Heinrich Kugler an der Gewerbeschule I in Mannheim und an der Gewerbeschule I in Pforzheim.

Kraft Gesetzes tritt in den dauernden Ruhestand: Hauptlehrer Gottlieb Pfeffer in Pfaffenweiler, Amt Staufen.

Gestorben: Geh. Hofrat Dr. Berner Kummel, ordentlicher Professor und Direktor der Klinik für Ohren-, Nasen- und Kehlkopfkrankheiten an der Universität Heidelberg; Dr. Hans Knieb, ordentlicher Professor für Botanik an der Universität Freiburg; Franz Bacher, Hauptlehrer in Hochemmingen, Amt Donaueschingen.

Justizministerium

Ernannt: Landgerichtsrat Wilhelm Wittmann in Karlsruhe zum Amtsgerichtsrat in Donaueschingen, Amtsgerichtsrat Dr. Alexander Rödtele in Karlsruhe zum Landgerichtsrat daselbst, Staatsanwalt Dr. Gerhard Weich in Freiburg, zum Amtsgerichtsrat in Mannheim, Staatsanwalt Hellmuth Holland in Freiburg, zum Amtsgerichtsrat in Karlsruhe; die Gerichtsassessoren Wendelin Müller aus Tiergarten und Dr. Erich Hahn aus Karlsruhe, zu Staatsanwälten, ersterer in Konstanz, letzterer in Lörrach.

Planmäßig ange stellt: Gerichtsvollzieher Friedrich Reber beim Amtsgericht Mannheim, Wachtmeister Josef Straß beim Landgericht Freiburg.

Berufen: Amtsgerichtsrat Dr. Friedrich Wagner in Donaueschingen nach Heidelberg, Staatsanwalt Dr. Wilhelm Müller in Karlsruhe nach Freiburg; die Staatsanwälte Dr. Friedrich Hle in Lörrach und Dr. Wolfgang Stad in Konstanz nach Karlsruhe, Rangassistent Rudolf Herrmann beim Amtsgericht Freiburg zum Notariat St. Blasien.

Zur Ruhe gesetzt bis zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit: Amtsgerichtsrat Heinrich Junfer in Heidelberg, Rangassistent Emil Busch beim Notariat Konstanz.

Gestorben: Amtsgerichtsrat Oskar Graß in Heidelberg.

Personalveränderungen in der Rechtsanwaltschaft

Zugelassen als Rechtsanwälte: Rechtsanwalt Dr. Kurt Jander, bisher in Ludwigshafen a. Rh., beim Landgericht Mannheim; die Gerichtsassessoren Dr. Richard Joesffel beim Landgericht Mannheim, Karl Braun beim Landgericht Heidelberg, Dr. Friedrich Weidgenannt beim Amtsgericht Engen und Landgericht Konstanz.

Gestorben: Rechtsanwalt Walter Hermann in Baden.

Spiel und Sport

B. V. B. Hühl — Sportfreunde Pforzheim 1:4

Man muß es den Sportfreunden lassen, daß sie sich jetzt mächtig anstrengen, ihre Tabellenposition zu verbessern. Das hat das Spiel in Hühl gezeigt. Das Endabserhältnis von 1:3 für Pforzheim ließ erkennen, daß das Spiel in der Hand hat. Schiedsrichter Mag. Amersferth vom F. C. Pforzheim hätte besser sein dürfen.

Spielerlauf: Hühl hatte Anspiel. Schon gab es den ersten Straßstoß gegen P. In der 9. Minute kommen die Hühler durch den linken Flügel zur Führung. Nach langem Drängen der Pforzheimer gelingt es ihnen in der 30. Minute durch einen Bombenschuß des Mittelfürners den Ausgleich herzustellen. Halbzeit 1:1. Nach Halbzeit hatte sich auch Pforzheim wieder fogleich gefunden. Endlich werden dann die dauernden Bemühungen der Pforzheimer in der 34. Minute durch den längsten 2. Treffer belohnt, indem der Halbrechte nach schöner Vorlage von rechts den herauspringenden Torwächter umspielt und das 2. Tor schießt. Nach zwei weiteren Minuten erhöht der Rechtsaußen auf 3. Unmittelbar 5 Minuten vor Schluß schießt der Rechtsaußen den 4. Treffer. Die letzten 5 Minuten spielten sich dann vor dem Pforzheimer Tor ab, wo vier gefährliche Straföße der Hühler nichts eintrugen. A. F.

(-) Badisches Landesbheater. Das diesjährige Weihnachtsmärchen „Der große Christoph“ von Ulrich von der Trenck ist eine Draufschwung. Nach sorgfältigen Vorstudien hat der Verfasser versucht, die alte schöne Legende vom Riesen Christophus, der das Christuskind über den Strom trägt, für kleine und große Leute auf die Bühne zu bringen. Die Legende liegt in zwei Handschriften vor, die ins 13. Jahrhundert reichen, sowie im Münchener und im Basler Passional vom Jahre 1488 bzw. 1517, endlich in der bekannten romanischen „Legende aurea“. Aus den sehr verschiedenartigen Elementen, die sich in diesen Fassungen hin und her vermengen, sind die rein deutsche herausgeholt, zu fünf einfachen Bildern gefaßt und das Ganze sozusagen auf die weihnachtliche Märchenform gebracht worden: „Der Riese und das Christuskind“, ohne alle modernen Zutaten mit kindlichem Humor erzählt, wie es auch in den alten deutschen Legenden und Sagen sich findet. Das Werk wird vom Verfasser selbst in Szene gesetzt.

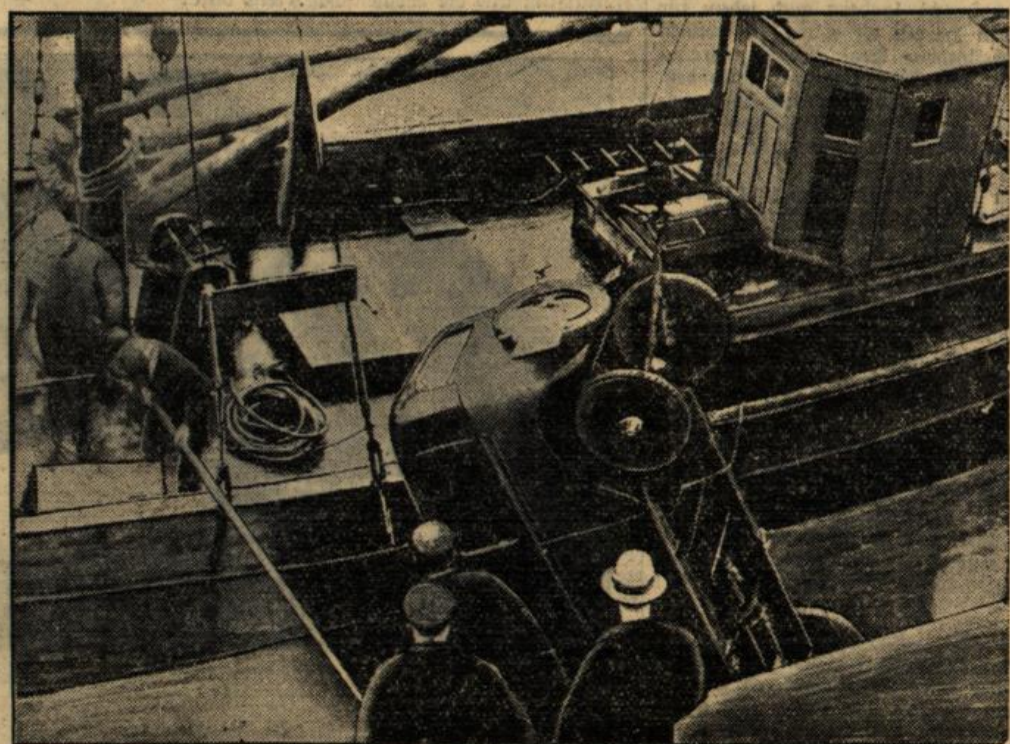
Tages-Anzeiger

für Donnerstag, den 4. Dezember 1930.

- Bad. Landesbheater. 19.30—22.30 Uhr: Die Nibelungen III. Abteilerung.
- Colosseum. 20 Uhr: Kapitän Windtons tauchende Wasserlöwen und Hymphen.
- Bad. Kunstverein e. V., Waldstr. 3. 10—1 und 2—4 Uhr: Ausstellung.
- Palast-Theater. Kafernengauber.
- Kell-Theater. Nur Du.
- Gloria-Palast. Unter den Dächern von Paris.
- Kongertshaus. 20 Uhr: Wasser- und Winterport-Filmabend.
- Kathaus-Bürgeraal. 20.30 Uhr: Festakt zum Tag der deutschen Familie.
- Bier Jahreszeiten. 20 Uhr: Mozart-Abend, Maria Bafel und Eward Volbach.
- Kaffe des Westens. 4 und 8 Uhr: Karl's Rajos.

Gerausgeber und Verleger: Badenia in Karlsruhe, A.-G. für Verlag und Druckerei, Karlsruhe 1. V. Hauptredakteur: Dr. J. Th. Meyer. Verantwortlich für Redaktionsdienst: Kolrit und Sandel; Dr. Willy Müller-Weil; für Kulturles und Revue: Dr. Otto Käber; für Lokales, Badische Chronik und Exer.: A. Richardt; für Anzeigen und Neklamen: Philipp Niederle, fömil in Karlsruhe. Steinstraße 17. Rotationsdruck der Badenia A.-G.

Berliner Redaktion: Dr. F. Schuster, Berlin-Lichterfelde-Ost, Parallelftr. Nr. 4.



Die Bergung des Lübecker Unglücksautos

Die Hebung des Autos, das bei Lübeck in die Grube stürzte, wobei vier Personen den Tod fanden.

